

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 7-8

Rubrik: Zeichen der Zeit : SP als Steigbügelhalterin der SVP?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willy Spieler

SP als Steigbügelhalterin der SVP?

Der eidgenössische Wahlherbst steht bevor. Die Nervosität unter den Parteien wächst. Standpunkte werden bezogen. Mehr taktische als grundsätzliche. Auch und gerade bei der politischen Linken. So gibt *Christiane Brunner*, die Präsidentin der SP Schweiz, – nach Rücksprache mit Präsidium und «zahlreichen Fraktionsmitgliedern» – bekannt, die SVP könne mit ihrer Forderung nach einem *zweiten Bundesratssitz* möglicherweise auf die Unterstützung der SP zählen. Dieser Sitz ginge *zulasten der CVP*, die so für ihr unsoziales Verhalten im Parlament abgestraft werden sollte. Das Ultimatum an die CVP wird gar noch beziffert: mit 400 Millionen für die Altersflexibilisierung und 500 Millionen für die Prämienverbilligung in der Septembersession (TA, 5.7.03).

Wählt also, wer SP wählt, einen zweiten Bundesrat der SVP? Schwächt, wer SP wählt, die SP selbst? Was die SP-Präsidentin laut denkt, ist aber nicht nur taktisch unklug, es steht vor allem auch im grösstmöglichen Widerspruch zu den Grundwerten der Partei. Doch was soll's? Die Parteileitung vor und nach Ursula Koch hat sich im Grundsätzlichen nie besonders hervorgetan. Anything goes. Warum nicht auch mit einer fremdenfeindlichen und populistischen SVP?

Verfehlte Taktik

Zur Erinnerung: Die CVP hat 1959 die *Zauberformel* im Bundesrat mit je zwei Mitgliedern der eigenen Partei, der SP und der FDP sowie einem einzigen der damals viel schwächeren SVP durchgesetzt. Grund dafür war sicher nicht eine neu entdeckte Liebe des politischen Katholizismus zur Sozialdemokratie. Es ging dem Protagonisten der Zauberformel *Martin Rosenberg* um die Stärkung seiner Partei durch die Schwächung des Freisinns. Der Generalsekretär der Konservativ-christlichsozialen Volkspartei, wie die CVP damals hiess, kämpfte noch immer den *Kulturkampf* des 19. Jahr-

hunderts. Dass die Zauberformel die bürgerliche Position schwächen könnte, war für ihn das kleinere Übel als die Übermacht von 3 freisinnigen Bundesräten und einem SVP-Bundesrat gegenüber 3 CVP-Bundesräten, wie die Formel nach dem Protestrücktritt des aufrechten Sozialdemokraten Max Weber 1953 lautete.

Die CVP schob sich damit in eine *Scharnierfunktion* zwischen rechts und links. Diese hat die Katholikenpartei all die Jahre mit mehr oder weniger besitzbürgerlichen Schlagseiten durchgehalten. Alles in allem zum Vorteil der SP, die mit Bundesratsmitgliedern wie *Hanspeter Tschudi*, *Otto Stich* und *Ruth Dreifuss* einen wesentlichen Einfluss auf die Politik dieses Gremiums hatte. Wenn nun die SP der CVP den zweiten Bundesratssitz vereitelt, dann sägt sie am Ast, auf dem sie selber sitzt.

Seit 1959 haben sich die Stimmverhältnisse zwischen CVP und SVP massiv verändert. Die SVP ist zusammen mit der SP die wählerstärkste Partei geworden, die CVP auf den vierten Rang zurückgefallen, den bis zum Aufstieg des milliardenschweren Rechtspopulisten *Blocher* die SVP eingenommen hatte. Dieser SVP nun einen zweiten Sitz in Aussicht zu stellen, ist ein taktisches *Spiel mit dem Feuer*, ist es doch das erklärte

Ziel der SVP, die SP aus dem Bundesrat zu verdrängen. Mit diesem Anspruch ist bereits im Dezember 1999 der nicht nur heimliche, sondern auch unheimliche Regent der SVP gegen die amtierende SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss angetreten.

Absehbar wird damit folgendes Szenario: Die CVP wird nach der Abwahl eines ihrer beiden Bundesratsmitglieder die Zauberformel als endgültig überholt betrachten. Natürlich wird sie bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit versuchen, ihren Sitz zurückzuholen, was dannzumal nur auf Kosten der SP möglich und «sinnvoll» sein wird. Die SVP würde die CVP dabei unterstützen, hat sie sich in ihrem fundamentalistischen Antisozialismus doch schon längst von der Konkordanz verabschiedet. Es käme zu einer «*rein bürgerlichen*» Regierung, da die SP mit nur einem Bundesratsmitglied von selbst in die Opposition gehen müsste. Es käme also genau die Regierungsformel zustande, die sich das Rechtsbürgertum wünscht, seit es gemerkt hat, dass die SP nicht nur Schlüsseldepartemente erobern, sondern sie auch mit Schlüsselfiguren besetzen kann.

Aber, sagt Christiane Brunner, die SVP habe doch auch «wählbare Kandidaten». Es ist gleichwohl unvorstellbar, dass eine SVP, die selbst mit ihrem *Samuel Schmid* nur einen «halben Bundesrat» zu haben glaubt, für den zweiten Sitz zu einer SP-verträglichen Kandidatur Hand bieten würde. Nein, die SP müsste eine «wilde Kandidatur» aus den Reihen der SVP favorisieren. Das heisst, sie müsste aus Prinzip das tun, was sie in eigener Sache, wenn es um die Wahl sozialdemokratischer Bundesrätinnen oder Bundesräte geht, vehement ablehnt. Das kann nur schief gehen.

Aber warum nicht eine offizielle Kandidatur der SVP für den zweiten Sitz hinnehmen, um diese Partei «*einzubinden*» und ihr dadurch die Fundamentalopposition zu erschweren? Weil sich die SVP dazu nicht hergibt. Sie spielt in kei-

nem Parlament so weit rechtsausen wie im Zürcher Kantonsrat, obwohl sie zwei Mitglieder in der Regierung stellt. Sie desavouiert lieber ihren Finanzdirektor, als dass sie von ihrem verantwortungslosen Steuersenkungsprogramm abliesse. «Habgier ist gut, teilen ist schädlich» lautet die Devise der «Partei des praktizierenden Egoismus» (SP-Nationalrat Werner Marti, TA 28.4.03) – mit oder ohne Regierungsbeteiligung.

Eine grundsätzliche Unverträglichkeit

Die SP ist mit Recht darüber verärgert, dass die CVP sich dazu hergibt, Steuererleichterungen zu gewähren und gleichzeitig Sparpakete zu schnüren, die der seit 1989 eskalierenden *Umverteilung von unten nach oben* auch noch von Staats wegen Vorschub leisten. Es ist in der Tat beschämend, dass die CVP finanz- und sozialpolitisch immer mehr mit den Wölfen heult. Aber ist das ein Grund, nun erst recht jene Partei, die der CVP diesen reaktionären und egoistischen Takt vorgibt, mit einer Doppelvertretung im Bundesrat zu belohnen?

Neoliberal sind heute alle bürgerlichen Parteien. Selbst die SP bekundet mitunter Mühe, es nicht zu sein. Die CVP unterscheidet sich vom Neoliberalismus nur dadurch, dass sie ihn auch noch für christlich hält. Mit diesen Parteien zu koalieren heisst für die SP, Kompromisse zu schliessen, um wenigstens die zweitbeste Lösung zu finden oder – was heute fast die Regel ist –, um Schlimmeres zu verhindern.

Die *ethische Scheidelinie*, wo die Kompromisse aufhören, liegt im Umgang mit *Fremden* und *sozial Schwachen*. Nicht die CVP, sondern die SVP ist eine populistische Überfremdungspartei geworden, die zuerst die Staatskasse im Interesse der Reichsten leert, dann den sozial Schwachen einredet, sie seien an ihrem Schicksal selber schuld oder aber die Opfer jener düsteren Gestalt aus der Fremde, die auf den Wahlplakaten vor vier Jahren die Schweizerfahne zerriss.

«Vom Umgang mit einer Schande» habe ich das «Zeichen der Zeit» im letzten Dezemberheft nach dem Beinahe-Erfolg der *Anti-Asyl-Initiative* der SVP überschrieben und dabei jede weitere Bundesratsbeteiligung dieser Partei als ethisch unzumutbar kommentiert. Die Initiative hätte die Schweiz verpflichtet, alle Flüchtlinge, die mit ihrem Asylgesuch nicht direkt vom Himmel gefallen sind, wieder auszuschaffen. Früher wollte die SVP wenigstens noch zwischen «echten» und «unechten» Flüchtlingen unterscheiden, mit der Initiative jedoch sollten alle zurückgeschickt werden, die über einen Drittstaat einreisen oder ohne die Papiere einfliegen, die ihnen das Folterregime ihrer Herkunft nicht so bereitwillig zur Verfügung stellt, wie eine blauäugige SVP glauben macht. Bereits 1996 besetzte die SVP das fremdenfeindliche Terrain mit einer Anti-Asyl-Initiative, der ersten Initiative in der Geschichte dieser Partei. Danach hätten alle «illegal» eingereisten Flüchtlinge kein Recht auf ein Asylverfahren, geschweige denn auf ein Asyl, erhalten.

Und warum ist das Parlament nicht bereit oder in der Lage, solche Initiativen, die sowohl die *Menschenrechte* als auch die *Flüchtlingskonvention* verletzen, für ungültig zu erklären? Doch nur, weil die SVP nicht nur wählerstark ist, sondern ihre menschenverachtenden Volksbegehren mit dem Gütesiegel einer Regierungspartei lancieren kann! Diese Reputation aber sollte nicht noch gefördert, sondern im Gegenteil verhindert werden, zumal die Schreibtischtäter bereits wieder eine neue Initiative gegen den – laut Blocher – «gigantischen Asylmissbrauch» planen.

Nach den «Asylanten» kommen jetzt die «*Scheininvaliden*» dran. Sie hat sich der Populist aus Herrliberg als Auftakt zu den Nationalratswahlen vorgenommen. Wenn die Wirtschaft immer brutaler, die Arbeit immer härter, der Arbeitsplatz immer unsicherer wird, wenn Menschen es psychisch nicht mehr ertragen,

wie Wegwerfware behandelt, im Alter über 50 einfach zum alten Eisen geworfen zu werden, dann ist das die Folge jenes neoliberalen Kapitalismus, den Blocher & Co. in ihren Pamphleten propagieren. Da nicht sein kann, was nicht sein darf, werden die psychisch Kranken, die der Neoliberalismus produziert, zu «Scheininvaliden» erklärt.

Es ist die SVP, nicht die CVP, die Anti-Asyl-Initiativen lanciert, fremdenfeindliche Entscheide bei *Einbürgerungen* schürt und schützt, *Randgruppen* im Nazijargon als «Sozialschmarotzer» diffamiert und die *Mutterschaftsversicherung* bekämpft. Es war in den letzten Jahren auch nicht die CVP, sondern die Blocher-Partei, die den UNO-Beitritt bekämpfte, alle «Linken und Netten» mit übelsten Plakaten diffamierte, unter dem Titel «Freiheit statt Sozialismus» dem Sozialstaat, ja ausdrücklich der «sozialen Gerechtigkeit» den Kampf ansagte und die Sozialdemokratie gar noch in Faschismusküste rückte.

Der sozial- und finanzpolitische Schaden, den die CVP anrichtet, ist zwar gross, aber er ist nicht irreparabel, die falschen Weichenstellungen wären durch neue Mehrheiten revidierbar. Was die SVP dagegen mit ihren Kampagnen anrichtet, macht Fremdenfeindlichkeit salon- bzw. regierungsfähig, unterminiert den sozialen Frieden und vergiftet letztlich die ganze Gesellschaft. Je mehr Macht diese SVP erhält, umso mehr nähert sich unser Land geistig und real einer *humanitären Katastrophe*. Nein, diese SVP gehört nicht in den Bundesrat. Ihr gar den Steigbügel für einen zweiten Sitz hinzuhalten, kann nicht die Aufgabe der SP sein. Es wird Zeit, den linken Avancen gegenüber einer egoistischen und nationalistischen SVP mit jenem «fundamentalen Widerstand» zu begegnen, den es laut Christiane Brunner «an der Parteibasis» angeblich nicht gibt (NZZ am Sonntag, 29.6.03).

Noch nicht!

•